

**PRESSEMITTEILUNG**

**Berlin, 30. Januar 2024**

**Sperrfrist: 10:30 Uhr**

# **Sicherheitsreport 2024**

## **Die Deutschen fühlen sich zunehmend unsicher**

- **Migration und extreme Gruppierungen machen den Deutschen Angst**
- **Über 80 Prozent der Bundesbürger haben wenig oder kein Vertrauen in Migrationspolitik der Bundesregierung**
- **Islamisten, Clans und Rechtsextremisten werden als große Bedrohung empfunden**
- **Nur zehn Prozent der Bevölkerung erwarten Kriegsausgang zugunsten der Ukraine**
- **Sorge, dass Deutschland in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt werden könnte, auf hohem Niveau**
- **Wachsende Zweifel an der Verlässlichkeit der USA**

### **Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung geht stark zurück**

Die Bevölkerung fühlt sich zurzeit in Deutschland weniger sicher als in den Jahren zuvor. Das zeigt der aktuelle Sicherheitsreport, der seit 2011 kontinuierlich auf der Basis repräsentativer Bevölkerungsumfragen erhoben wird. In den vergangenen Jahren lag der Anteil der Bevölkerung, der sich in Deutschland sicher fühlt, immer über 70 Prozent, im Pandemiejahr 2020/21 sogar bei 82 Prozent. Seit 2022 ist der Anteil jedoch von 76 auf 61 Prozent zurückgegangen. Besonders gering ist das Sicherheitsgefühl in Ostdeutschland und in den schwächeren sozialen Schichten.

### **Gruppierungen mit Gefährdungspotential**

Die Mehrheit sieht mehrere Gruppen, von denen zurzeit große Gefahren ausgehen, vor allem islamistische Gruppierungen, arabische Clans, Rechtsextremisten, Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker. 44 Prozent sehen auch eine Gefährdung durch AfD-Anhänger. Das Gefährdungspotential der AfD wird in der westdeutschen Bevölkerung deutlich größer wahrgenommen als in den östlichen Bundesländern.

"West- und Ostdeutschland driften zurzeit auseinander. Das ist ein Problem, dem viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird", sagt Prof. Dr. Renate Köcher.

## **Verunsicherung durch den Zuzug von Flüchtlingen**

Fast die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent) ist überzeugt, dass die Kriminalität in Deutschland durch den Zuzug von Flüchtlingen deutlich steigt. Dieser Anteil liegt wesentlich höher als 2016, als nur 37 Prozent der Bevölkerung von einem signifikanten Anstieg der Kriminalitätsrate ausgingen. Jeder Dritte fühlt sich persönlich durch die Flüchtlingssituation am eigenen Wohnort weniger sicher als früher. Dies gilt überdurchschnittlich für die Bevölkerung in Ostdeutschland und vor allem die schwächeren sozialen Schichten.

Die derzeitige Flüchtlingspolitik wird überwiegend kritisch gesehen. 65 Prozent der Bevölkerung halten sie für falsch, nur 12 Prozent unterstützen den Kurs der Regierung. Das Vertrauen, dass die Regierung die Probleme in den Griff bekommt, ist gering: Lediglich 4 Prozent haben hier großes Vertrauen, 42 Prozent keinerlei Vertrauen; 44 Prozent sind skeptisch.

## **Die Sorgen der Bevölkerung: Inflation, Krieg, die unsichere Weltlage und der Flüchtlingszuzug**

Neben der großen Zahl von Flüchtlingen gilt die Sorge der Bevölkerung vor allem nach wie vor der Inflation, dem Krieg in der Ukraine und neuerdings auch den Bedrohungen aus dem Nahen Osten, der unberechenbaren Weltlage und wachsenden Risiken für die innere Sicherheit. Die Mehrheit macht sich darüber hinaus große Sorgen

- über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland,
- die Entwicklung der Energie- und speziell der Heizkosten,
- die politische Stabilität in Deutschland und
- das Risiko, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte.

## **Unterstützung für die Ukraine**

Der Ukraine-Krieg beunruhigt nach wie vor die große Mehrheit der Bevölkerung. 48 Prozent fühlen sich durch den Krieg sogar persönlich bedroht; damit hält sich das persönliche Bedrohungsgefühl im Vergleich zum Vorjahr stabil auf hohem Niveau.

Der Kriegsausgang ist nach Überzeugung der Mehrheit nach wie vor unsicher. 34 Prozent gehen davon aus, dass Russland den Ukraine-Krieg für sich entscheiden wird, nur 10 Prozent erwarten einen positiven Ausgang für die Ukraine, 56 Prozent trauen sich keine Prognose zu.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Siegenserwartungen zugunsten von Russland deutlich verschoben.

Angesichts der kontroversen Diskussion in den Vereinigten Staaten über die Unterstützung der Ukraine stellt sich die Frage, wie Deutschland reagieren sollte, wenn die USA ihre Unterstützung zurückfahren. Nur 31 Prozent der Bevölkerung hielten es in diesem Fall für richtig, dass Deutschland dem amerikanischen Beispiel folgt und seine Unterstützung ebenfalls reduziert; 29 Prozent votieren für eine unveränderte Unterstützung, weitere 20 Prozent für eine Ausweitung der deutschen Hilfen.

## **Verunsicherung im Vorfeld der amerikanischen Wahlen**

Durch die kontroversen Debatten in den USA über die Ukraine-Hilfen und die Erfolge von Donald Trump bei den Vorwahlen wachsen in Deutschland wieder Zweifel, ob die USA ein verlässlicher Bündnispartner sind. Während der letzten Amtszeit von Donald Trump war die Mehrheit der deutschen Bevölkerung überzeugt, dass die USA kein verlässlicher Partner sind. Erst mit dem Amtsantritt von Präsident Biden wuchs das Vertrauen wieder: Im vergangenen Jahr waren 46 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass die USA ein verlässlicher Bündnispartner sind, 27 Prozent äußerten deutliche Zweifel. Seither ist jedoch eine Erosion des Vertrauens zu beobachten; aktuell gehen noch 39 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass das Bündnis mit den USA stabil ist, 29 Prozent melden Zweifel an.

„Die Ergebnisse des aktuellen Sicherheitsreports sind ernüchternd: Die Zuversicht der Deutschen, dass die Ukraine den Krieg für sich entscheidet, schwindet deutlich. Und nur 20 Prozent der Deutschen sind bereit, die Ukraine stärker zu unterstützen. Das ist ein alarmierendes Signal in dieser entscheidenden Phase des Krieges“, betont der Mit-Herausgeber des Sicherheitsreports, Professor Dr. Klaus Schweinsberg.

## **Beunruhigung über die Situation im Nahen Osten**

Die Situation im Nahen Osten beunruhigt die Bevölkerung mittlerweile ähnlich wie der Ukraine-Krieg. 85 Prozent halten den Krieg zwischen Russland und der Ukraine für besorgniserregend, 84 Prozent die Lage im Nahen Osten nach der Eskalation im Gaza-Streifen durch den Terrorangriff der Hamas. Darüber hinaus halten 43 Prozent den Konflikt zwischen China und Taiwan für besonders beunruhigend.

## **Die größten Friedensgefährder**

Nach wie vor gilt vor allem Russland als Friedensgefährder Nummer Eins. 75 Prozent der Bevölkerung zählen Russland zu den Ländern, von denen in den nächsten Jahren die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt ausgeht. 54 Prozent verbinden auch mit dem Iran große Gefahren für den Frieden in der Welt, 52 Prozent mit China und knapp jeder Zweite mit Nordkorea. Während Russland, China und auch Nordkorea aktuell tendenziell von der Bevölkerung weniger als Friedensgefährder eingestuft werden als noch vor einem Jahr, richtet sich wachsende Besorgnis auf den Iran: 2022 waren 36 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass auch von dem Iran große Gefahren für den Frieden in der Welt ausgehen, aktuell fürchten dies 54 Prozent.

Die ostdeutsche Bevölkerung nimmt auch hier eine andere Position als die westdeutsche ein: Sie sieht weitaus weniger Russland als ein Land an, von dem große Gefahren für den Frieden ausgehen; auch Weißrussland, Nordkorea und China verbindet die ostdeutsche Bevölkerung weitaus weniger mit Gefahren für den Frieden, dagegen weit überdurchschnittlich die USA: 24 Prozent der gesamten Bevölkerung, aber 40 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung sind der Meinung, dass auch die USA zu den Ländern gehören, von denen besonders große Gefahren für den Frieden ausgehen. Umgekehrt zählen 75 Prozent der Bevölkerung Russland zu den Ländern, von denen besonders große Gefahren ausgehen, aber nur 53 Prozent in Ostdeutschland.

**Überwältigende Mehrheit befürwortet höhere Investitionen in innere und äußere Sicherheit**  
Angesichts der zahlreichen Krisen und Risiken fordert die Bevölkerung höhere Investitionen in Sicherheitsmaßnahmen. Das gilt insbesondere für Schutzmaßnahmen gegen Naturkatastrophen, den Schutz kritischer Infrastruktur wie die Energie- und Wasserversorgung aber auch die Ausstattung der Polizei und der Bundeswehr. Alle diese Maßnahmen werden von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung unterstützt. 89 Prozent fordern bessere Schutzmaßnahmen gegen Naturkatastrophen, 79 Prozent mehr Investitionen in die Ausstattung der Polizei, 72 Prozent auch mehr Investitionen in die Ausstattung der Bundeswehr. Allerdings haben 60 Prozent der Deutschen den Eindruck, dass es bisher keine Fortschritte bei der Ausstattung der Bundeswehr gibt. Und 39 Prozent glauben inzwischen auch nicht mehr an Fortschritte. Die Skepsis ist in den letzten zwölf Monaten deutlich gewachsen.

„Bundeskanzler Scholz hat eine Zeitenwende bei der Bundeswehr angekündigt, und die Mehrheit der Bürger fragt sich, wo und wie die eigentlich stattfindet. Die Unterstützung für Investitionen in die Bundeswehr ist in der Bevölkerung auf einem Höchststand, und die Regierung nutzt diesen Rückenwind nicht. Das ist nicht nur politisch töricht, sondern verantwortungslos angesichts der realen Bedrohung aus Russland“, kritisiert Professor Klaus Schweinsberg.

### **Über den Sicherheitsreport:**

Der Sicherheitsreport wurde 2011 vom Centrum für Strategie und Höhere Führung in Köln entwickelt und wird seither jährlich erhoben.

Im Auftrag des Centrums für Strategie und Höhere Führung führt das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach jährlich eine repräsentative Befragung zu den Risikowahrnehmungen und -einschätzungen der Bevölkerung durch. Der Sicherheitsreport 2024 stützt sich auf insgesamt 1.018 mündlich-persönliche Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Befragung wurde zwischen dem 5. und 18. Januar 2024 durchgeführt. Die Leitung der Studie liegt bei Professor Dr. Renate Köcher und Professor Dr. Klaus Schweinsberg.

Weitere Ergebnisse unter: [www.sicherheitsreport.net](http://www.sicherheitsreport.net)

#### **Pressekontakt:**

Markus Förderl  
Markus.Foederl@glh-online.com  
0172 9051869

Dr. Markus Küppers  
mkueppers@ifd.allensbach.de  
07533 805-0

### **Das Centrum für Strategie und Höhere Führung**

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung ist spezialisiert auf das Coaching und die Fortbildung von Führungskräften. Ein Tätigkeitsschwerpunkt sind Trainings für das Entscheiden in komplexen Lagen und unter hoher Unsicherheit. Das Centrum wurde 2009 von Professor Dr. Klaus Schweinsberg gegründet. Es hat seinen Sitz in Köln und Heiligenberg.

### **Das Institut für Demoskopie Allensbach**

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach), häufig auch einfach als »Allensbacher Institut« bezeichnet, wurde 1947 von Professor Dr. Dr. h.c. Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) gegründet. Es gehört heute zu den renommiertesten Adressen für die Umfrageforschung in Deutschland. Als Geschäftsführerin leitet Professor Dr. Renate Köcher das IfD Allensbach. Das Institut befindet sich im Besitz der Stiftung Demoskopie Allensbach.